



Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte

Berlin
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis
Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke.wk01@bundestag.de

Berlin, 21.11.2017

Grußwort

Gewerkschaftstag dbb Beamtenbund und Tarifunion

Sehr geehrter Herr Silberbach, sehr geehrter Herr Dauderstätt,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Zu allererst möchte ich allen neu Gewählten und Wiedergewählten ganz herzlich gratulieren. Meine Glückwünsche gehen vor allem an Sie - Herr Silberbach – zu ihrer Wahl zum neuen Bundesvorsitzenden. Und ich gratuliere auch ganz herzlich Ihnen - Herr Geyer. Ich wünsche Ihnen allen viel Kraft und Erfolg. Und ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Und „gute Zusammenarbeit“ ist das Stichwort, um mich bei Herrn Dauderstätt und auch bei Herrn Russ bedanken. Wir haben uns regelmäßig ausgetauscht und dabei haben Sie immer die Anliegen des dbb stark gemacht. Es gab viele Gemeinsamkeiten – insbesondere beim Thema Tarifeinheit. Für diese sehr angenehme und konstruktive Zusammenarbeit möchte ich mich herzlich bedanken. Und ich wünsche Ihnen für den neuen Lebensabschnitt alles alles Gute.

Der dbb ist unverzichtbar und sie haben Gewicht in unserem Land. Sie sind ein starker Interessensverband. Und Sie übernehmen Verantwortung für die vielen Menschen, die wiederum selbst im öffentlichen Dienst Verantwortung übernehmen, damit unser Leben in der Gesellschaft funktioniert. Und Ihre Ziele werden mit dem Motto des Gewerkschaftstages auf den Punkt gebracht – „Im Dienst der Menschen“.

Auch in der Politik müssen die Menschen im Mittelpunkt stehen. Beim Klimaschutz geht es uns beispielsweise darum, die Lebensgrundlagen für die Menschen zu erhalten. Und die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist uns wichtig, denn hier geht es um Gerechtigkeit und um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Hier wollen wir etwas bewegen.

Das Ergebnis bei der Bundestagswahl hat uns dann aber eine harte Herausforderung beschert. Noch am Wahlabend gab es nur eine Alternative – Jamaika. Sie kennen die Wahlprogramme dieser 4 Parteien und dementsprechend schwer waren auch die Sondierungsgespräche. Wir Grünen haben uns in den Sondierungen kompromissbereit gezeigt und schmerzhaft Zugeständnisse gemacht. Es wurden auch viele Angebote an die FDP gemacht – einige Themen wurde bereits genannt: Digitalisierung, Bildung, Entlastung. Am Sonntag lag tatsächlich ein Gesamtpaket auf dem Tisch. Eine Einigung war möglich. Die FDP aber hat sich erneut verweigert – wie in Niedersachsen und Baden-Württemberg auch. Sie hat die Sondierungen nicht an Inhalten scheitern lassen, sondern aus rein parteipolitischen Überlegungen. Und das ist weder verantwortungsvoll noch akzeptabel. Denn es gilt in der Welt, in Europa und Deutschland große Herausforderungen zu meistern. Jetzt liegen aber erneut Wochen der Unsicherheit vor uns. Möglich sind eine Minderheitsregierung, eine große Koalition und

zuletzt auch Neuwahlen. Und ich hoffe, dass alle Optionen nun verantwortungsvoll geprüft werden. Denn unser Land braucht eine handlungsfähige Regierung.

Aber egal, was passiert, ich kann Ihnen versichern: Wir Grünen stehen felsenfest zur Sozialpartnerschaft. Wir brauchen gute Tarifverträge und eine verlässliche Tarifpolitik. Im öffentlichen Dienst darf nicht allein die Haushaltspolitik im Mittelpunkt stehen, sondern die Menschen. Und gerade auch im Dienstleistungsbereich sind faire Löhne und gute, sichere Arbeitsverhältnisse dringend notwendig. Denn die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit in Deutschland ist ein Grund für die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung.

Die Grundlage der Sozialpartnerschaft ist die Koalitionsfreiheit. Das war auch bislang gesellschaftlicher Konsens. Aber dieser Konsens wurde von der alten Bundesregierung mit dem Tarifeinheitsgesetz aufgekündigt. Hier standen der dbb und wir Grünen Seite an Seite und haben uns gegen das neue Gesetz gestellt. Auch wir Grünen fordern natürlich von den Gewerkschaften Solidarität und Kooperationen, aber beides lässt sich nicht verordnen und schon gar nicht gesetzlich erzwingen. Und das ist auch nicht Aufgabe der Politik, sondern Aufgabe der Gewerkschaften.

Sie haben sich außerdem auf die Fahnen geschrieben, die Mitbestimmung auszubauen. Auch wir wollen die Mitbestimmung stärken. Denn sie ist nicht nur ein hohes Gut, sondern auch ein Erfolgsmodell. Und gerade die große Herausforderung – Digitalisierung – schaffen die Betriebe und Dienststellen nur gemeinsam mit engagierten Belegschaften. Vor allem – und das ist mir besonders wichtig – ist die Mitbestimmung gelebte Demokratie und davon brauchen wir – gerade in der heutigen Zeit – nicht weniger, sondern mehr.

Ein gemeinsames Anliegen ist auch, die Attraktivität im öffentlichen Dienst, aber auch im Dienstleistungsbereich zu erhöhen. Damit bin ich erst einmal bei den Befristungen. Wenn Menschen nur auf Zeit angestellt sind, fehlen Perspektiven. Das ist alles andere als attraktiv und mit Blick auf den demografischen Wandel ist das gerade im öffentlichen Dienst fatal. Es ist bekannt, dass wir Grünen die sachgrundlose Befristung abschaffen und Kettenbefristungen verhindern wollen. Das haben wir auch prioritär in den Sondierungen verhandelt. Deshalb kann ich Ihnen versichern – an diesen Themen bleiben wir dran.

Wenn wir von attraktiven Arbeitsplätzen reden, dann geht es heute vor allem auch um die Arbeitszeit. Und Sie alle wissen, die Arbeitgeberseite fährt hier einen heftigen Angriff auf das Arbeitszeitgesetz – unterstützt von Union und FDP. In den Sondierungen haben wir bis zum Schluss einen harten Abwehrkampf geführt. Das war uns extrem wichtig, denn dabei geht es um Gesundheitsschutz. Arbeit darf auch nicht weiter entgrenzen, damit Familie und das Leben in der Gesellschaft auch zukünftig funktioniert. Deshalb geht es uns bei der Arbeitszeit nicht um noch mehr Flexibilität für die Arbeitgeber, sondern um mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten – und dafür setzen ja auch Sie sich ein. Die Beschäftigten sollen mehr Einfluss nehmen können auf den Umfang, die Lage und den Ort ihrer Arbeitszeit. Zudem wollen wir – wie der dbb auch – ein Rückkehrrecht auf Vollzeit. Nur so schaffen wir attraktive Arbeitsplätze und eine moderne Arbeitswelt in der Arbeit – neben Familie, Freizeit und gesellschaftlichem Engagement – gut ins Leben passt.

Ich komme zum Schluss: es gibt also viele Gemeinsamkeiten und es gibt noch viel zu tun – im Dienst der Menschen. Deshalb wünsche ich Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit. Und wir Grünen wünschen uns eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen, Herr Silberbach. Ich freue mich darauf.